

Antrag

der Abgeordneten Sahra Wagenknecht, Dr. Axel Troost, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, Harald Koch, Ralph Lenkert, Ulla Lötzer, Dorothee Menzner, Richard Pitterle, Michael Schlecht, Sabine Stüber, Johanna Voß und der Fraktion DIE LINKE.

Verursacher der Krise zur Kasse bitten – Neue Bankenabgabe einführen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In kaum einem EU-Land war die Bankenrettung so teuer wie in Deutschland. Nach Berechnungen von Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) haben deutsche Steuerzahler allein im letzten Jahr 10 Mrd. Euro für die Rettung deutscher Banken aufbringen müssen. Damit liegt Deutschland nach Irland an der Spitze, was die Kosten der Bankenrettung betrifft (FAZ, 5. Mai 2011). Dabei sind die Kosten, die erst in Zukunft in Form von weiteren Abschreibungen auf riskante Papiere fällig werden, in dieser Rechnung noch gar nicht enthalten. So lagern allein bei den sogenannten Bad Banks der Hypo Real Estate Holding AG und der WestLB AG mehr als 200 Mrd. Euro an ausgesonderten Papieren, von denen unklar ist, ob und zu welchem Preis sie wieder verkauft werden können. Bei den „Rettungspaketen“, die in Europa geschnürt werden, um eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, Irlands oder Portugals abzuwenden, werden weitere milliarden schwere Risiken der Banken auf die öffentliche Hand abgewälzt. Hinzu kommen die indirekten Kosten der Bankenrettung, d. h. Verlust an Löhnen, Produktion und Gewinnen sowie Ausgaben für Konjunkturpakete oder Kurzarbeitergeld während der Wirtschaftskrise. Schon jetzt ist daher absehbar, dass die Allgemeinheit auf Krisenkosten in dreistelliger Milliardenhöhe sitzen bleiben wird.
2. Nach einem Vorsteuergewinn von 4 Mrd. Euro 2010 peilt die Deutsche Bank in diesem Jahr einen Rekordgewinn von 10 Mrd. Euro an. Doch statt die hohen Gewinne abzuschöpfen, lässt sich die Bundesregierung bei der geplanten Bankenabgabe mit geringen Beträgen abspeisen. So wird die Deutsche Bank statt der ursprünglich eingeplanten 500 Mio. Euro in diesem Jahr voraussichtlich nur einen Bruchteil dieser Summe in den Restrukturierungsfonds einzahlen.
3. Die von der Bundesregierung vorgesehene Bankenabgabe trägt zur Deckung der Krisenkosten gar nichts bei. Stattdessen sollen Beiträge in einen Versicherungsfonds zur Finanzierung zukünftiger Krisen fließen (Restrukturierungsfonds). Dieser Fonds ist von vornherein eine Fehlkonstruktion: So soll der Restrukturierungsfonds erst in einigen Jahrzehnten seine Zielmarke von 70 Mrd. Euro erreichen und wäre auch dann noch zu klein, um eine systemrelevante Bank aufzufangen.

4. Die Finanztransaktionssteuer bleibt weiterhin ein unverbindliches Versprechen. Geplante jährliche Einnahmen von 2 Mrd. Euro aus dieser Steuer wurden sogar kürzlich aus dem Haushaltsentwurf für 2012 gestrichen. Damit beteiligt sich die Finanzbranche weiterhin nicht am Sparpaket, welches vom Bundestag infolge der Wirtschaftskrise verabschiedet wurde.
5. Anders als die französische Nationalversammlung hat der Deutsche Bundestag bisher ein eindeutiges und seiner Bedeutung in Europa entsprechendes Bekenntnis zu einer europäischen Finanztransaktionssteuer versäumt. Der Deutsche Bundestag erklärt, eine Finanztransaktionssteuer unverzüglich einzuführen, sobald die EU, die Staaten der Eurozone oder eine andere Gruppe von europäischen Staaten entsprechende Beschlüsse gefasst haben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf zur Einführung einer neuen Bankenabgabe vorzulegen, welche sicherstellt, dass die Verursacher der Krise auch für die Kosten der Krise aufkommen. Diese Abgabe soll, beginnend vom 30. Oktober 2011, für mindestens zehn Jahre in einer Höhe von 0,15 Prozent im Jahr auf die Bilanzsumme aller in Deutschland ansässigen Banken erhoben werden, wobei der Abgabesatz mit der Bilanzsumme progressiv steigt (bis auf 0,3 Prozent bei einer Bilanzsumme über 500 Mrd. Euro). Von dieser Abgabe sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken sowie Förder- und Bürgschaftsbanken auszunehmen, da sie die Finanzkrise nicht zu verantworten haben. Um die Kosten der Krise decken zu können, werden damit jährliche Einnahmen in Höhe von mindestens 10 Mrd. Euro möglich;
2. sich im Rahmen der G20, der EU und der Eurozone für eine Finanztransaktionssteuer in Höhe von mindestens 0,05 Prozent einzusetzen. Sollte es bis zum Herbst 2011 keinen Beschluss der EU zu einer Einführung geben, ist bis Ende 2011 ein auf die Eurozone oder eine Koalition gleichgesinnter Staaten zugeschnittener Gesetzentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorzulegen. Die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sind zu gleichen Teilen für den sozial-ökologischen Umbau unserer nicht-nachhaltigen Industriegesellschaft einerseits und den internationalen Umwelt- und Klimaschutz und die Finanzierung von Entwicklung andererseits einzusetzen.

Berlin, den 29. Juni 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die neue Bankenabgabe garantiert, dass die Hauptnutznießer der staatlichen Rettungsprogramme auch für die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise aufkommen. Damit wird eine Abwälzung der Krisenkosten auf die Allgemeinheit verhindert, was zur sozialen Gerechtigkeit und zur Prävention künftiger Krisen beiträgt. Da große Finanzkonzerne durch die neue Bankenabgabe deutlich stärker besteuert werden sollen als kleine, wird der Konzentration von Wirtschaftsmacht entgegengewirkt. Dies entspricht auch dem Verursacherprinzip, da vor allem die großen Banken zur Krise beigetragen haben.

Weder eine Bankenabgabe, wie sie vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, noch eine Bankenabgabe, wie sie als Gegenentwurf vom Bundesrat vor-

geschlagen wird, entsprechen dem Verursacherprinzip, wären viel zu gering und auch als Vorsorge völlig falsch konzipiert. Die Einnahmen aus dieser Abgabe sollen sich lediglich auf 1 bis 1,3 Mrd. Euro pro Jahr belaufen – eine Summe, die nicht annähernd ausreicht, um die Kosten der Krise zu decken bzw. für künftige Krisen vorsorgen zu können. Diese Schonung der Banken ist umso unverständlicher, als vor allem die privaten Großbanken bereits wieder hohe Gewinne erzielen. Zusammen haben die Deutsche Bank und die Commerzbank AG im ersten Quartal 2011 einen Nettogewinn von über 3 Mrd. Euro erzielt, die Deutsche Bank rechnet für das Jahr 2011 mit einem Rekordgewinn von 10 Mrd. Euro. Darüber hinaus ist die von der Bundesregierung geplante Versicherungslösung zum Auffangen systemrelevanter Banken völlig untauglich, weil ausreichende Beiträge kaum verursachergerecht erhoben werden können, weil das notwendige Volumen eines Versicherungsfonds höchst ungewiss ist und sich Insolvenzen von Großbanken generell als extrem kostspielig und kaum beherrschbar erwiesen haben. Solche Bankenpleiten sind daher im Vorfeld zu verhindern.

Zusätzlich zur Bankenabgabe ist die Einführung der Finanztransaktionssteuer aus drei Gründen notwendig: Zum einen werden auf kurzfristiger Spekulation basierende Geschäftsmodelle unrentabler gemacht, was zur Stabilität und Effizienz des Finanzsystems beiträgt. Zum zweiten wird dadurch der Privilegierung des Finanzsektors (Befreiung von der Mehrwertsteuer, besondere Möglichkeiten zur Steuervermeidung u. a.) begegnet und dabei die Steuerlast von sämtlichen an den Finanzmärkten aktiven Akteuren gemäß ihren Aktivitäten getragen. Zum dritten wird eine umverteilende Wirkung erzielt, indem von Finanztransaktionen überproportional profitierende Vermögende besonders belastet und dringend nötige Finanzquellen für die Bekämpfung weltweiter Armut und den sozial-ökologischen Umbau erschlossen werden. Die Finanztransaktionssteuer ist längst überfällig, da einerseits die Umsätze an den Finanzmärkten wieder Vorkrisenniveau erreicht haben und andererseits schon genügend Staaten in Europa zu einer gemeinsam koordinierten Einführung bereit sind. Bundesregierung und Bundestag müssen nun eine Vorreiterrolle einnehmen, sich mit einem Vorratsbeschluss unmissverständlich positionieren und notfalls auch ohne einen Konsens in der EU mit anderen Gleichgesinnten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in die Wege leiten.

